

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Sonnabend.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Hamburg-St. Georg,
An der Koppel 79, I.

Bericht über die am 7. und 8. September 1891 zu Halberstadt abgehaltene Konferenz der Zentralvorstände der deutschen Gewerkschafts-Verbände.

(Schluß.)

Die Berathung wird bei dem 3. Punkt der Tagesordnung: „Einberufung des Gewerkschaftskongresses“, fortgesetzt.

Die Generalkommission empfiehlt, den Kongreß Anfang März 1892 stattfinden zu lassen. Als Tagungsorte sind bisher Halberstadt, Halle, Hannover, Weimar und Altenburg vorgeschlagen worden.

In der nur kurzen Diskussion über diesen Gegenstand präzisirt u. A. der Vertreter der Schuhmacher seinen Standpunkt dahin, daß er gegen die Einberufung eines Gewerkschaftskongresses überhaupt sei. Derselbe sei überflüssig; es sollte sich in jeder Gewerkschaft ein Beauftragter autorisiren lassen — durch Umfrage unter den Mitgliedern —, zusammen mit der Generalkommission sich nöthig machende Aenderungen in der Organisation treffen zu können.

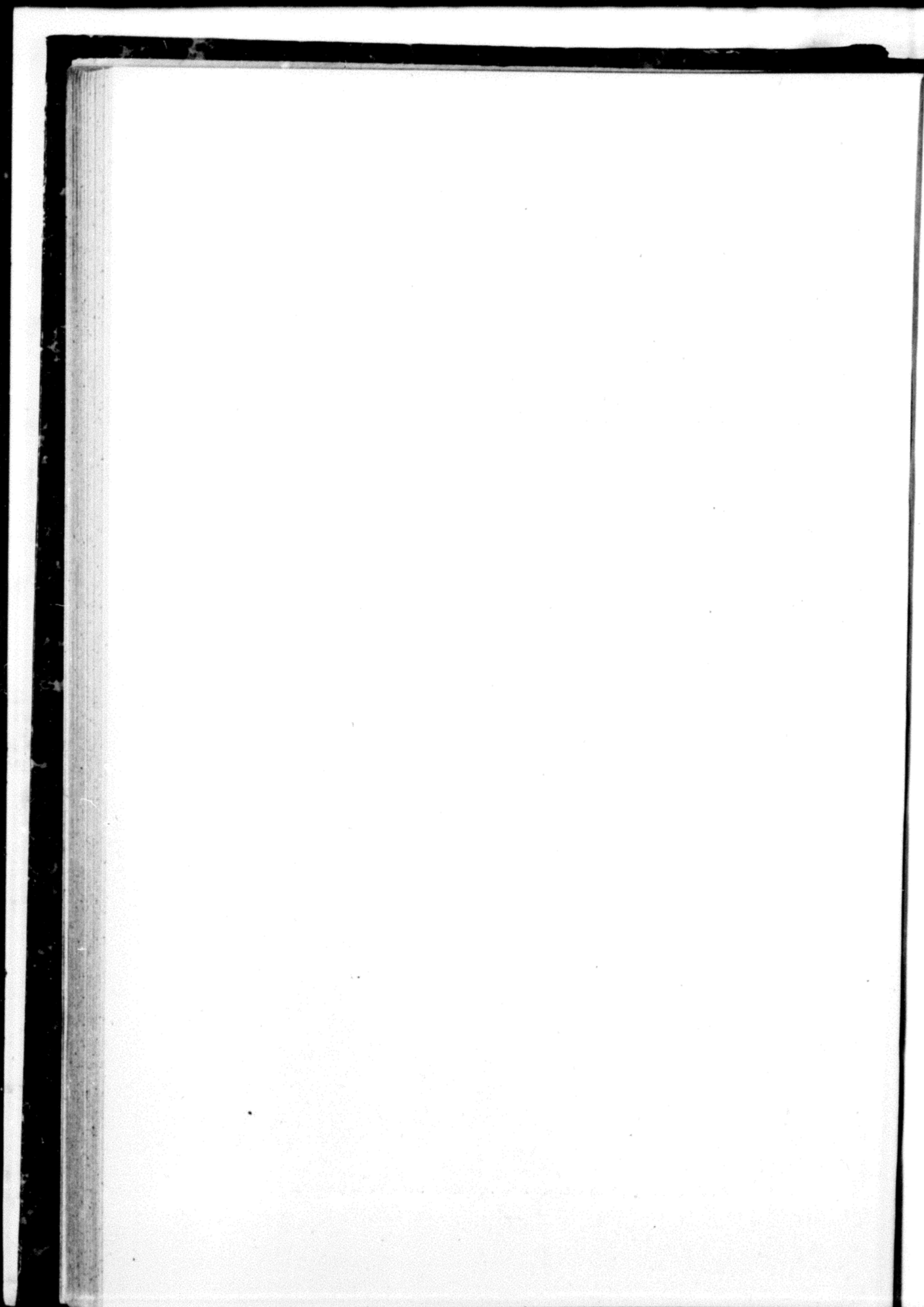
Der Antrag der Generalkommission, den Kongreß im Anfang März 1892 einzuberufen, wird darauf gegen 5 Stimmen angenommen.

In Bezug auf die Beschickung des Kongresses liegen eine Reihe Anträge vor, welche bezwecken sollten, die Zahl der Delegirten möglichst zu verringern. Es wird über dieselben jedoch zur Tagesordnung übergegangen und beschlossen, die diesbezüglich von der Berliner Konferenz getroffenen Bestimmungen hochzuhalten, wonach je 1000 Mitglieder der Zentralvereine oder der organisirten Arbeiter in Staaten, wo dieselben einem Zentralverein nicht angehören dürfen, einen Vertreter entsenden können. Die Wahl des Ortes, wo der Kongreß tagen soll, wird der Generalkommission überlassen.

Es folgt nunmehr der 4. und letzte Punkt der Tagesordnung: „Organisation der deutschen Gewerkschaften, resp. der Organisationsentwurf der Generalkommission.“

Legien begründet in längerer Rede den Entwurf. Der Zweck der neuen Organisationsform

solle sein, die einzelnen Organisationen zu stärken und die heutige Unsicherheit bei Lohnkämpfen zu beseitigen. Die Unionsbildung sei nicht die beste Form der Organisation, aber die praktischste unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Durch den Zusammenschluß in Unionen nach dem Vorschlag der Generalkommission sollten die Arbeiter auf den Weg gebracht werden, sich später in größeren Verbänden zu vereinigen. Eine Unionsleitung sei nothwendig zur Begutachtung und Unterstützung der Streiks, besonders der Angriffstreiks. In der Unionsleitung säßen doch immer Personen, welche über die eigenthümlichen Verhältnisse in den fraglichen Berufen mehr und besser orientirt seien und deshalb eher ein Urtheil über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit eines Streiks abzugeben im Stande wären, als wenn in allen Fällen nur die Generalkommission darüber zu entscheiden hätte. Die Mitglieder der Generalkommission könnten die wirthschaftliche Lage in den einzelnen Berufen nicht so genau kennen als die Unionsleitung, weil die in Frage kommende Gewerkschaft in letzterer mit vertreten sei. Auch die Regelung der Herausgabe der Fachblätter durch die Union sei nur praktisch. Die heute nur alle 14 Tage oder alle 3 Wochen erscheinenden kleineren Fachblätter genügten nicht, die Leute stets zum Denken anzuregen, die nur dies eine Blatt lesen. Durch die Verschmelzung der vielen für verwandte Berufe bestehenden Fachblätter könnte ein größeres öfter erscheinendes Organ für eine Union geschaffen werden, was nur zum Vortheil für die Bewegung sein könne. Wohl würde gerade dieses Vorhaben auf vielen Widerstand stoßen, doch sei zu bedenken, daß diese ganzen Pläne ja auch nicht heute oder morgen schon durchgeführt werden sollten oder könnten. Ueber die Vortheile der auf gemeinschaftliche Kosten betriebenen Agitation in den verwandten Berufen sei kaum ein Wort zu verlieren. Der gleiche



Vortrag über die Nothwendigkeit und die Aufgaben der Organisation könnte in fast allen Versammlungen von einem und demselben Redner gehalten werden. Der Zusammenschluß aller organisirten Arbeiter in einen einzigen allgemeinen Verband sei aber heute um deswillen nicht durchzuführen, weil gerade die Leistungsfähigkeit auch in den verwandten Berufsorganisationen noch zu verschieden von einander sei. Die Generalkommission glaube durch den Vorschlag, Unionen der verwandten Berufsorganisationen zu bilden — über welchen die Generalkommission wieder als Bindeglied für alle Unionen und somit als Zentralkörperschaft für alle organisirten Arbeiter Deutschlands zu fungiren habe —, den heute bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen. Man müsse nur das beschließen, was zur Zeit durchzuführen sei.

Von dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes wird eine Resolution eingereicht, nach welcher keine Unionen im Sinne der Generalkommission, sondern größere Zentralverbände verwandter Berufe gebildet werden sollen. An Stelle der Generalkommission soll nach dieser Resolution ein Generalarb. Rath und aus diesem ein Exekutivauschuß und ein Generalkassirer gewählt werden.

Eine noch weiter vorliegende Resolution des Vertreters der Kupferschmiede besagt im Großen und Ganzen in anderen Worten dasselbe, wie der Entwurf der Generalkommission. Diese beiden Resolutionen werden gleichfalls von den Antragstellern begründet.

Der Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes führt u. A. aus, die Generalkommission sei, wenn auch unbewußt, Veranlasserin von Streiks gewesen. Manche Gewerkschaft habe in ihr nur die Unterstützungsquelle gesehen. Die Kommission habe deshalb nach seiner Meinung hindernd auf die Entwicklung der Gewerkschaften gewirkt, indem sie auch die auf Branchenorganisation gerichteten Bestrebungen unter den Metallarbeitern förderte. Die Konferenz möge keine Beschlüsse über die Organisationsform fassen, sondern dies dem Kongreß überlassen, welchem auch die Resolution der Metallarbeiter wieder vorgelegt werden würde.

Der Vertreter der Maler ist mit den ersten beiden Theilen des Entwurfes der Generalkommission einverstanden, will jedoch den übrigen Theil, der von den Unionen und der Generalkommission handelt, gestrichen wissen, weil durch Beides die Organisationen nur gestört würden.

Der Vertreter der Buchdrucker ist gleichfalls Gegner der Unionsbildung, so lange die einzelnen Berufe selber nicht besser organisirt seien. Dies müsse vordem erst erstrebt werden. Der Geist der Solidarität müsse sich übrigens auch ohne die formellen Verbindungen sehr wohl bethätigen lassen.

Es sprechen außerdem noch eine Reihe Redner, darunter die Vertreter der Former, Bergolder, Tischler, für den Entwurf der Generalkommission. Ebenso tritt Legien noch einzelnen Ausführungen der Gegner entgegen und fordert dringend auf, nur die praktischen Fragen zu berathen und sich nicht in Kleinlichkeiten zu verlieren.

Nachdem hierauf der Vertreter der Handschuhmacher, der abzureisen gezwungen ist, auf die in

seiner Gewerkschaft ausgebrochenen Streiks in Friedrichshagen, Burg und Osterwieck hingewiesen hatte und, weil die Generalkommission nach den Beschlüssen der Konferenz diesen Umständen jetzt keine Unterstützung gewähren dürfe, an die Solidarität der Gewerkschaften appellirte, wurde beschlossen, die Mittagspause auf 2 Stunden auszuweihen, damit die anwesenden Vertreter verwandter Berufe, die sich eventuell zu einer Union vereinigen könnten, während derselben zu dem Entwurf der Generalkommission eine bestimmte Stellung einnehmen könnten. Darauf folgte kurz nach 1 Uhr Schluß der Sitzung.

Vierte Sitzung.

Eröffnung um 3 Uhr Nachmittags. Von den Delegirten sind während der Mittagspause bereits abgereist: Knösel, Voß, Gebel und Grenz. Letzterer hat die Vertretung der Former für die weitere Verhandlung an Schwarz-Lübeck übertragen. Die Generaldebatte über den Punkt der Tagesordnung wird geschlossen und zunächst die Berichte über die während der Pause erfolgten Gruppenbesprechungen entgegengenommen.

Kloß berichtet für die Vertreter der Holzarbeiter, daß diese einmütig die Resolution der Generalkommission zur Annahme empfehlen. Dieselben haben sich noch weiter dahin geeinigt, schon vor dem Stattfinden des Gewerkschaftskongresses in ihren Organisationen zu versuchen, die Agitation auf gemeinsame Kosten zu betreiben und eventuell auch bei Streiks sich nach Möglichkeit gegenseitig zu unterstützen. Eine Verbindung soll vorläufig durch schriftlichen Verkehr unterhalten werden und ist ein Beauftragter für sämtliche beteiligten Branchen ernannt worden. Redner bittet, den Entwurf der Generalkommission möglichst einstimmig anzunehmen.

Meister erklärt, daß die Tabakarbeiter und Zigarrenfortirer ihre Organisationen schon in nächster Zeit miteinander verbinden würden.

Schwarz-Hamburg berichtet für die Transportarbeiter, daß dieselben mit dem Entwurf der Generalkommission einverstanden sind.

Für die Fabrik-, Land- und gewerbl. Hilfsarbeiter kann Brey keine bindende Erklärung abgeben.

Sassenbach berichtet, daß von den Vertretern der Lederbranche drei für und drei gegen den Entwurf der Generalkommission stimmten, doch wurde man sich einig, wenn möglich die Agitation gemeinsam zu betreiben und auch nach und nach eine engere Verbindung anzustreben.

Hilmer berichtet für die Metallarbeiter, daß dieselben sich, mit Ausnahme des Vertreters des Metallarbeiter-Verbandes, prinzipiell für den Entwurf der Generalkommission ausgesprochen hätten.

Dammann erklärt für die Bauarbeiter, daß dieselben gleichfalls, mit Ausnahme des Vertreters der Maler, der Resolution der Generalkommission beigetreten seien. Doch wünschten dieselben, daß erst die Verbandstage der einzelnen Organisationen ihre Meinungen äußern sollten.

Es wird nunmehr zur Spezialberathung des Organisationsentwurfes der Generalkommission

übergegangen. Die Resolutionen des Metallarbeiter-Verbandes und der Kupferschmiede werden vorher zurückgezogen.

Der erste Theil des Entwurfs: „Organisation der deutschen Gewerkschaften“, wird ohne Widerspruch angenommen. Beim zweiten Theil: „Aufgaben der Zentralvereine“, entspinnt sich eine lebhafteste Debatte über Arbeitslosenunterstützung. Ein gestellter Antrag, die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung gleichfalls als Aufgabe der Zentralvereine in den Entwurf mit aufzunehmen, wird in wiederholter Abstimmung mit 18 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Dagegen wird aber mit allen gegen eine Stimme beschlossen, im Absatz f unter 1. außer der Reiseunterstützung auch Unterstützung *Gemäßregel*ter aufzunehmen.

Bei „Aufgaben der Unionen“ wird, nachdem der vorstehende Theil, „Unionen“, ohne Widerspruch angenommen ist, der Absatz b „Herausgabe eines gemeinschaftlichen Presbogens, welches so eingerichtet sein muß, daß den Interessen sämtlicher dabei beteiligten Zentralvereine Rechnung getragen wird“, nach langer Diskussion gefircht und dafür gesetzt: „Regelung des Presbeweisens“. Dieser Beschluß ergab sich aus den Bedenken, welche die Mehrzahl der Delegirten gegen das Verlangen, die vielen einzelnen jetzt bestehenden Fachblätter zu je einem gemeinschaftlichen Presbogen für eine Union zu verschmelzen, hegten.

Der Absatz c unter „Aufgaben der Unionen“ wird mit 19 gegen 11 Stimmen angenommen. Ebenfalls angenommen werden die beiden letzten Absätze d und e.

Bei dem Theil: „Generalkommission“ werden im letzten Satz die Worte gestrichen: „und aus je einem Vertreter der einzelnen Unionen“. Die Generalkommission soll demnach nur aus sieben von dem alle zwei Jahre stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongreß jedesmal zu wählenden Mitgliedern bestehen. Im Uebrigen wird auch dieser Theil des Entwurfs im Wortlaut angenommen. Ebenso der weitere letzte Theil: „Aufgaben der Generalkommission“, dessen Absatz e „in bestimmten und dringenden Fällen und unter Zustimmung der Mehrzahl der Unionen an einzelne Gewerkschaften oder Unionen bei Streiks Unterstützung aus einem zu schaffenden Generalfonds zu gewähren“, noch der Satz angehängt wird: „resp. die anderen bestehenden Unionen zur Unterstützung heranzuziehen“.

Es folgt jetzt die namentliche Gesamtstimmabstimmung über den Organisationsentwurf, deren Resultat die Annahme desselben mit 35 gegen 4 Stimmen war, bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmten die Maler, Metallarbeiter-Verband, Sattler und Töpfer; der Vertreter der Buchdrucker enthielt sich der Stimmabgabe. Der abwesende Vertreter der Schuhmacher hatte einen anderen Delegirten beauftragt, für ihn zu erklären, daß er für den Entwurf stimme.

Damit war die Tagesordnung für die Konferenz erschöpft. Es wurde nun noch zunächst folgende Erklärung der sächsischen Vertreter entgegengenommen.

Erklärung.

Die unterzeichneten Vertreter der Gewerkschaften in Sachsen verkennen nicht die schwierige und komplizierte Neuorganisation der deutschen Gewerkschaften, um so mehr, als die sächsischen Kollegen sich voraussichtlich nur als Einzelmitglieder anschließen können auf Grund der entgegenstehenden vereinseigentlichen Bestimmungen in Verbindung mit der Handhabung dieser Bestimmungen seitens einzelner Behörden. Die hier anwesenden Vertreter erklären jedoch, daß Sachsens Organisationen sich den Beschlüssen der Mehrheit fügen und Mittel und Wege finden werden, möglichst allen Anforderungen, welche an die übrigen deutschen Gewerkschaften gestellt werden, nachkommen zu können.

L. Scholz, Dresden.

G. Jacob, Leipzig.

Dr. Paepow, Chemnitz.

Ferner wurden noch folgende Anträge angenommen:

„Die Delegirten verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln in ihren Gewerkschaften dafür einzutreten, daß baldmöglichst in ihre Statuten Bestimmungen aufgenommen werden, welche die Durchführung der von der Konferenz beschlossenen Organisation ermöglichen.“
A. Dammann.

„Sollten zu dem bevorstehenden Gewerkschaftskongreß einzelne Zentralvorstände noch bestimmte Anträge zu stellen haben, so sind dieselben bis zum 1. Januar 1892 der Generalkommission mitzutheilen, damit sie den Delegirten des Kongresses sofort gedruckt vorgelegt werden können.“
Th. Meyer.

„In Erwägung, daß bei der großen täglich wachsenden Bedeutung der Frauenarbeit auf allen Arbeitsgebieten sich die energische Inangriffnahme der Organisation derselben als ein Gebot der Selbsterhaltung erweist, beschließt die Konferenz, die Vorstände der bestehenden Organisationen aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Statuten derselben derart umgestaltet werden, daß auch den im Verufe beschäftigten Frauen der Beitritt zu denselben möglich ist. Die Agitation für Ausbreitung der Organisation hat sich bei allen Verufen, in welchen Frauen thätig sind, auch auf deren Heranziehung zu erstrecken.“

Frau Steinbach, Frau Schäfer,
Frau Wolter.

„Die Konferenz beschließt, die Generalkommission zu beauftragen, einen Separatabdruck der Artikel über die Organisationsfrage, welche im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ erschienen sind, mit etwaigen notwendigen Aenderungen und Ergänzungen in Broschürenform herauszugeben und noch rechtzeitig vor dem Gewerkschaftskongreß zu möglichst billigem Preise unter den deutschen Arbeitern zu verbreiten.“
Th. Leipart.

Nach Erledigung dieser Anträge wird die Konferenz um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends vom Vorsitzenden Legien geschlossen.

Berichtigung.

In dem ersten Theil des Berichtes in voriger Nummer des „Correspondenzblattes“ ist ein recht unangenehmer Druckfehler vorgekommen. Auf Seite 3 im dritten Absatz der ersten Spalte muß es statt: „An Ausständen wurden bei der Kommission drei angemeldet“, heißen: „wurden bei der Kommission ein und dreißig angemeldet“. Der Fehler passirte durch eine Zahlenverwechslung im Manuskript.

Von dem Vertreter des Verbandes deutscher Zimmerleute auf der Konferenz, Hrn. Fr. Schrader,

wurden wir noch ersucht, richtig zu stellen, daß er wohl gegen den Antrag gestimmt habe: „alle Organisationen nach prozentualen Verhältniß zur Leistung von Unterstützung heranzuziehen“, damit habe er aber keineswegs, wie es in dem Bericht Seite 5, zweite Spalte, Zeile 16 u. f. heiße, für einen regelmäßigen festen Beitrag von 15 Pfg. pro Quartal und Mitglied gestimmt. Dies sei auch nicht der Sinn der Abstimmung gewesen. Daß er nicht für einen festen Beitrag von 15 Pfg. gewesen sei, beweise, daß er in der späteren Abstimmung auch gegen 5 Pfg. gestimmt habe.

Situationsbericht.

Ueber die bei der Generalkommission angemeldeten Streiks ist Neues nur insoweit zu berichten, daß der Ausstand der Weißgerber in Berlin im Laufe dieser Woche noch an Ausdehnung gewinnen wird, indem noch zwei Fabrikanten ihren Arbeitern gleichfalls Lohnabzüge angekündigt haben, sobald eine neue Arbeit angefangen wird, was im Laufe der Woche geschehen wird. Es betrifft dies ungefähr 30 verheirathete und 12 ledige Arbeiter. Ueber die weiteren Ausstände

liegen besondere Mittheilungen nicht vor, mit Ausnahme des Streiks der Handschuhmacher, welcher sich in den letzten Tagen außer Friedrichshagen noch über die Städte Burg und Osterwieck ausgedehnt hat und nach Mittheilungen der Blätter (eine offizielle Nachricht hierüber ist der Generalkommission noch nicht zugegangen) zirka 400 Ausständige umfaßt.

Die Generalkommission.

Quittung

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom
3. bis 16. September eingegangene Gelder.

Von den Weißgerbern Durlachs	M. 15,—	Vom Bau Gede Hauff- und Abendroth-	
Verein der Weißgerber in Magdeburg	„ 24,—	straße, Hamburg	M. 5,40
Klub „Wedde und Laffallea“, Hamburg	„ 6,—	Von den Hutmachern Altenburgs (S.-A.)	„ 40,—
Ein Freund der Arbeitersache von der		Von den Weißgerbern Döbelns	„ 10,—
Bogelweide	„ 10,—	Kommission der Tabakarbeiter, Berlin,	
Unbekannt von Hammerbrook-Hamburg	„ 10,—	durch Notes	„ 59,50

Für den Maifonds sind weitere Beträge eingegangen:

Schiffbel, durch Krüger	M. 37,25	Die am 25. Mai von der Kommission der	
Frankfurt a. M.	„ 200,—	Tabakarbeiter, Berlin, eingesandten M. 140 sind	
Berlin, Exped. des „Vorwärts“	„ 80,95	für den Unterstützungsfonds, nicht für den Mai-	
		fonds verrechnet.	

A. Dammann, Kassirer.
Hamburg, Zollvereinsniederlage,
Wilhelmstr. 13, 1. Et.